

**Wochendienst**  
Auswahl aus den Mitteilungen  
der vergangenen Woche

**Nr. 23**  
vom 13. Juni 2008  
Redaktion: Katja Richardt

## Inneres

Bundesrat: Hamburg unterstützt Forderung nach breiterem Einsatz von Täterprogrammen...2

## Wirtschaft

Hamburg und Bremen wollen wirtschaftlich enger zusammenarbeiten .....4

## Bildung

50 Jahre Ganztagschule Am Altonaer Volkspark .....5

Nationaler Bildungsbericht auf Kultusministerkonferenz in Berlin .....6

## Soziales und Familie

Zwangsheiraten aktiv bekämpfen .....7

Fortschritt für bundesweiten Kinderschutz.....8

## Umwelt und Energie

Genehmigungsfrist für Moorburg verlängert ..... 11

Dagmar Berghoff zeichnet erfolgreiche Energiesparerer aus..... 13

## Kultur

Senat berichtet zum Projekt Elbphilharmonie ..... 15

## Allgemeines

Personalbericht 2008 beschlossen ..... 17

## Zur Information

Terminkalender ..... 19

12. Juni 2008/lv12

## **Bundesrat: Hamburg unterstützt Forderung nach breiterem Einsatz von Täterprogrammen**

In seiner 845. Sitzung am morgigen Freitag, 13. Juni 2008, ab 9.30 Uhr, fordert der Bundesrat die Erweiterung der Möglichkeit, Straftäter über gerichtliche Weisungen qualifizierten Täterprogrammen zuweisen zu können. Zu den Themen im Bundesrat gehört auch die Förderung von Kindern unter drei Jahren in Tageseinrichtungen und in Kindertagespflege. Des Weiteren beschließt der Bundesrat auf Antrag Hamburgs, dass künftig Fahrerlaubnisbehörden die Mofa-Prüfbescheinigungen einziehen können. **Hamburgs Erster Bürgermeister Ole von Beust** leitet am Freitag seine 8. Bundesratssitzung als Bundesratspräsident. An der Sitzung nehmen weiterhin **Senator Dietrich Wersich** sowie der **Bevollmächtigte der Freien und Hansestadt Hamburg beim Bund, Staatsrat Carsten – Ludwig Lüdemann**, teil.

### **Einsicht ist der erste Schritt...**

#### **Hamburg unterstützt Forderung nach breiterem Einsatz von Täterprogrammen**

Hamburg wird im Bundesrat den Entwurf eines „Gesetzes zur Stärkung der Täterverantwortung“ unterstützen. Danach sollen Staatsanwaltschaften Ermittlungsverfahren zukünftig auch dann vorläufig einstellen können, wenn der Beschuldigte sich bereit erklärt, an einem sogenannten Täterprogramm teilzunehmen. Zudem sollen Gerichte, die eine Verwarnung mit Strafvorbehalt aussprechen wollen, den Angeklagten anweisen können, professionelle Hilfe in Anspruch zu nehmen.

Täterprogramme sind vor allem für Männer entwickelt worden, die gegen Frauen häuslich gewalttätig werden. Sie dienen dazu, eine Wiederholung der Gewalttaten zu verhindern, indem die Delinquenten in pädagogischer und therapeutischer Arbeit lernen, das eigene Verhalten besser wahrzunehmen und einzuschätzen. Ziel ist es, die Fähigkeit zu erwerben, in kritischen Momenten Verantwortung für sich zu übernehmen und Gewalttendenzen entgegenzusteuern.

Bislang waren Täterprogramme im Gesetz nicht ausdrücklich vorgesehen. Mit der Novellierung sollen besonders solche Täter an der Teilnahme motiviert werden, bei denen weiterhin eine Anklage oder Verurteilung im Raum steht. **Der Bevollmächtigte beim Bund, Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann:** „Wir wollen die gesetzlichen Grundlagen schaffen, zielgenau, individuell und nachhaltig auf die Persönlichkeit des Täters und sein Fehlverhalten reagieren

zu können. Der Einsatz von Täterprogrammen ist damit vor allem auch ein effektiver Beitrag zum Opferschutz.“

### **Bundesrat berät über den Rechtsanspruch auf Kindertagesbetreuung von Kindern unter drei Jahren**

„Mit den seit 2006 geltenden erweiterten Rechtsansprüchen auf Kindertagesbetreuung für Kinder berufstätiger Eltern ist Hamburg bundesweit Vorreiter, was die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die frühkindliche Bildung betrifft. Diese Ansätze werden mit dem Kinderförderungsgesetz (KiföG) nun auch bundesweit verfolgt“, sagt Hamburgs **Familiensena- tor Dietrich Wersich**. Ein zentraler Inhalt des KiföG, das durch Hamburger Anträge auch Hamburger Handschrift trägt, ist die Einführung des Rechtsanspruches auf Kindertages- betreuung für Kinder ab dem vollendeten ersten Lebensjahr (Krippenausbau) ab dem Jahr 2013. Senator Wersich: „Auf der einen Seite wird durch das KiföG die Vereinbarkeit von Fa- milie und Beruf weiter verbessert, auf der anderen Seite werden Kinder früher an Bildungs- angebote herangeführt. Beim Krippenausbau hat Hamburg schon jetzt die Nase vorn: Wir werden bereits in dieser Legislaturperiode und nicht erst 2013 den allgemeinen Rechtsan- spruch auf Zweijährige ausweiten und gleichzeitig die wichtigen Aspekte Qualitätssicherung und -steigerung in den Fokus rücken.“

### **Bundesrat schließt Regelungslücke im Fahrerlaubnisrecht für Mofas**

Die Mofa-Prüfbescheinigung ist keine Fahrerlaubnis und dient nur zum Nachweis, der be- standenen Prüfung. Mofa-Fahrer sind verpflichtet, diese Prüfbescheinigung mitzuführen und auf Verlangen der Polizei vorzuzeigen. Hamburg beantragt die Möglichkeit, die Prüfbeschei- nigung einzuziehen, wenn einem Mofa-Fahrer untersagt worden ist, sein Mofa auf öffentli- chen Straßen zu fahren. Dies war bislang nicht möglich. **Staatsrat Carsten-Ludwig Lüde- mann**: „Die Regelung beseitigt ein Vollstreckungsdefizit, verhindert dabei die Täuschung der Polizei und führt zu mehr Verkehrssicherheit auf den Straßen. Die Hamburger Initiative ver- hindert, dass Mofa-Fahrer durch Vorzeigen der Prüfbescheinigung den Eindruck erwecken, sie seien fahrberechtigt, obwohl ihnen bereits untersagt ist, sich auf ihrem Mofa im öffentli- chen Straßenverkehr zu bewegen.“

**Rückfragen: Klaus Harneit, stellv. Leiter der Landesvertretung, Freie und Hansestadt Hamburg, Vertretung beim Bund, Tel. 0 30 – 2 06 46-120, [www.landesvertretung.hamburg.de](http://www.landesvertretung.hamburg.de)**

11. Juni 2008/bwa11

## Hamburg und Bremen wollen wirtschaftlich enger zusammenarbeiten

**Bei einem Arbeitstreffen verständigten sich Wirtschaftssenator Axel Gedaschko und sein Bremer Amtskollege Ralf Nagel (SPD) heute auf eine engere Kooperation beider Hansestädte in den Wachstumsbranchen Logistik, Maritime Wirtschaft und Luftfahrt.**

Beide Senatoren wollen verstärkt die jeweiligen Wirtschaftsvertreter gewinnen, um mit einer norddeutschen Stimme im Berliner Bundesverkehrsministerium auf die zwingend erforderliche Verbesserung der Hafenhinterlandanbindungen hinzuwirken.

In diesem Kontext sind Axel Gedaschko und Ralf Nagel der klaren Ansicht, dass möglichst viele Container in Norddeutschland insgesamt umgeschlagen werden sollten. Einig sind sich die beiden Wirtschaftssenatoren darin, dass deswegen sowohl Hamburgs als auch Bremerhavens Wettbewerbschancen verbessert werden müssen, indem Außenweser und Elbe wie geplant vertieft werden.

Jüngstes Beispiel für die vertiefte wirtschaftliche Kooperation zwischen den beiden Hansestädten ist die am Rande der Luftfahrtmesse ILA geschlossene Zusammenarbeit zwischen dem Hamburger Verband „Hanse-Aerospace“ und der Bremer „Aviabelt“, die bereits durch die Unterstützung beider Landesregierungen zustande kam.

Beide Wirtschaftssenatoren verabredeten jetzt einen regelmäßigen Austausch zu gemeinsamen Themen. Im Gegenzug zum heutigen Treffen in Hamburg lud Ralf Nagel Axel Gedaschko noch für diesen Sommer nach Bremerhaven ein.

Rückfragen:

**Behörde für Wirtschaft und Arbeit**

Michael Ahrens, Pressestelle

Tel.: (040) 42841-1627, Fax: 4279 41 055

[pressestelle@bwa.hamburg.de](mailto:pressestelle@bwa.hamburg.de)

Im Internet: [www.bwa.hamburg.de](http://www.bwa.hamburg.de)

11. Juni 2008/bsb11

## 50 Jahre Ganztagschule Am Altonaer Volkspark

**Senatorin: „Pionierarbeit in der Ganztagschulentwicklung geleistet“**

Zum 50-jährigen Bestehen der Schule Am Altonaer Volkspark hat Hamburgs Schulsenatorin Christa Goetsch die Pionierleistung dieser ersten Ganztagschule der Hansestadt gewürdigt. „Als Ganztagschule mit pädagogischer Prägung hat sie Pionierarbeit in der Ganztagschulbewegung in Hamburg geleistet“, sagte die Senatorin am Mittwoch in einer Feierstunde. Sie dankte dem Schulleiter Thorsten Bräuer für das erklärte pädagogische Engagement der Lehrkräfte: „Sie haben bis heute eine Erfolgsgeschichte der Schulentwicklung geschrieben. Sie fordern und fördern jedes Kind als Individuum und in seinem Lebenszusammenhang auch hier im Stadtteil.“ Das Leitbild der Schule, „Lern- und Lebensort im Ganztag“ zu sein, sei nur durch den ungewöhnlichen Einsatz der Lehrerinnen und Lehrer zu verwirklichen.

Die im dichten Wald des Altonaer Volksparks gelegene Schule war 1958 gleich als Ganztagschule eröffnet worden – eine Reaktion auf den Versorgungsbedarf der im Umfeld lebenden Familien. Viele Schülerinnen und Schüler kamen aus den Nissenhütten und Bauwagen, die für Bombenopfer und Flüchtlinge eingerichtet worden waren. Zahlreiche „Schlüsselkinder“ erwerbsloser Eltern oder alleinerziehender Müttern waren nach der Schule unversorgt. Die neue Schule bot den Kindern von 8.00Uhr bis 15.30 Uhr Unterricht, Essen und Hausaufgabenhilfe an. Das Kollegium entwickelte ein Konzept, das ganz auf die Bedürfnisse ihrer Schülerschaft zugeschnitten war. Neben zwei weiteren Ganztagschulen in Frankfurt und in Kassel war dieses Experiment zum damaligen Zeitpunkt in Hamburg einzigartig.

### Rückfragen

Dr. Annegret Witt-Barthel  
Pressesprecherin der Behörde für Schule und Berufsbildung  
Hamburger Straße 31  
22083 Hamburg  
T: (040) 42863-2003  
F: (040) 42863-4132  
E: [Annegret.Witt-Barthel@bbs.hamburg.de](mailto:Annegret.Witt-Barthel@bbs.hamburg.de)  
M: 0172-4584414

12. Juni 2008/bsb12

## **Nationaler Bildungsbericht auf Kultusministerkonferenz in Berlin**

### **Bildungssenatorin: „Bericht bestätigt unsere Reformvorhaben in Hamburg“**

„Der Nationale Bildungsbericht 2008 bestätigt die notwendigen Reformen des Bildungswesens“, sagte die Hamburger Bildungssenatorin Christa Goetsch am Donnerstag auf der Kultusministerkonferenz in Berlin. Die Ergebnisse nähme sie für die Hamburger Reformvorhaben sehr ernst. Der in Berlin vorgestellte Bericht belege für die vergangenen zwei Jahre erneut, dass die Schulkarriere und davon abhängigen Lebensperspektiven der Kinder in Deutschland noch immer vom sozialen Status und Bildungsstand der Herkunftsfamilien abhängen. Hochschulabsolventen hätten überdurchschnittlich gute Arbeitsmarktchancen, Hauptschülerinnen und Hauptschüler besonders mit Migrationshintergrund seien dagegen deutlich benachteiligt. „Wir wollen in Hamburg durch eine individuelle Förderung und längeres gemeinsames Lernen allen Kindern bessere Start- und Bildungschancen bieten“, sagte die Senatorin. Die größte gesellschaftspolitische Herausforderung bliebe, die Koppelung von Herkunft und Schulleistung der Kinder zu überwinden.

#### Rückfragen

Dr. Annegret Witt-Barthel  
Pressesprecherin der Behörde für Schule und Berufsbildung  
Hamburger Straße 31  
22083 Hamburg  
T: (040) 42863-2003  
F: (040) 42863-4132  
E: [Annegret.Witt-Barthel@bbs.hamburg.de](mailto:Annegret.Witt-Barthel@bbs.hamburg.de)  
M: 0172-4584414

11. Juni 2008/bsg11

## Zwangsheiraten aktiv bekämpfen

### Vierte Konferenz des Hamburger EU-Projektes in Istanbul

„Erzwungene Eheschließungen können wir nicht mit den allgemeinen Menschenrechten und den Wertvorstellungen unseres Grundgesetzes vereinbaren. Sie rauben den betroffenen Frauen ihre menschliche Würde und beeinträchtigen in ganz erheblichem Maße ihre persönliche Freiheit“, sagt Hamburgs Sozialsenator Dietrich Wersich. „Unser Ziel ist es daher, europaweit einen Handlungsleitfaden zu entwickeln, um Zwangsheiraten länderübergreifend zu bekämpfen und Betroffenen zu helfen.“ Hamburg hat zu diesem Zweck im vergangenen Sommer das zweijährige EU-Projekt „Aktiv gegen Zwangsheirat“ ins Leben gerufen, dessen mittlerweile vierte Konferenz am morgigen Donnerstag in der Türkei stattfindet.

Der Schwerpunkt der eintägigen Konferenz in Istanbul liegt in der Darstellung und Diskussion von nationalen und regionalen Präventionsstrategien, Maßnahmen des Kinderschutzes sowie rechtlicher Rahmenbedingungen. Darüber hinaus werden türkische Ansätze und Programme von Selbststärkungs- und Sensibilisierungstrainings vorgestellt. Im Zentrum steht dabei das türkische Trainingsprogramm „Menschenrechte für Frauen“, welches das Ziel verfolgt, Frauen über ihre Rechte zu informieren, über Traditionen aufzuklären und sie zu ermutigen, selbst Initiative zu ergreifen. An der Konferenz nehmen Vertreterinnen und Vertreter türkischer Frauenprojekte sowie Entscheidungstragende aus Politik und Verwaltung teil. Durchgeführt wird die Veranstaltung vom Hamburger Kooperationspartner in Istanbul, der Nichtregierungsorganisation „Women für Women’s Rights“. Weitere Konferenzen im Rahmen des Hamburger EU-Projektes finden – nach Hamburg, London, Wien und nun Istanbul – in Stockholm und Den Haag statt. Die Abschlusskonferenz ist für kommendes Jahr in Hamburg terminiert.

Nähere Informationen zum Hamburger EU-Projekt „Aktiv gegen Zwangsheirat“, welches Teil des Hamburger Handlungskonzeptes zur Bekämpfung von Zwangsheiraten ist, gibt es im Internet unter [www.opferschutz.hamburg.de](http://www.opferschutz.hamburg.de).

#### Für Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz  
Jasmin Eisenhut

Tel.: 42863-28 89, Fax: 42863-38 49

E-Mail: [pressestelle@bsg.hamburg.de](mailto:pressestelle@bsg.hamburg.de), Internet: [www.bsg.hamburg.de](http://www.bsg.hamburg.de)

12. Juni 2008/bsg12

## **Senator Wersich: „Fortschritt für bundesweiten Kinderschutz“**

### **Ministerpräsidenten und Kanzlerin fassen Beschlüsse - Hamburg Vorbild**

**Bundeskanzlerin Angela Merkel und die Ministerpräsidenten der Länder haben auf dem heute stattfindenden 2. Kinderschutzgipfel wichtige Beschlüsse zur Verbesserung des Kinderschutzes in Deutschland gefasst. Seit Januar dieses Jahres haben Bund und Länder in drei Arbeitsgruppen an der Umsetzung der Aufträge des 1. Kinderschutzgipfels der Kanzlerin und der Ministerpräsidenten der Länder vom Dezember 2007 gearbeitet. Hamburg hat in allen drei Arbeitsgruppen bedeutend mitgewirkt. Maßgebliche Grundlage dabei war das Handlungskonzept „Hamburg schützt seine Kinder“.**

„Die heute gefassten Beschlüsse sind ein großer Fortschritt für den Kinderschutz in Deutschland, aber auch als Erfolg für Hamburg zu werten. Hamburg hat durch seine federführende Rolle beim Kinderschutz maßgeblich Einfluss auf die Ergebnisse genommen, die nun zu einem verbesserten Kinderschutz in ganz Deutschland führen werden“, sagt **Hamburgs Sozial- und Familiensenator Dietrich Wersich**.

Senator Wersich hatte seine Kollegen aus den anderen Ländern am 30. Mai 2008 anlässlich der Jugend- und Familienministerkonferenz über die Vorschläge von Bund und Ländern für den 2. Kinderschutzgipfel informiert. Einige Verbesserungen, für die insbesondere Hamburg seit Jahren unter anderem mit Bundesratsentschließungen gekämpft hatte, sind bereits in der Umsetzung. So wurde mit Wirkung vom 16. April 2008 die eindeutige Feststellung, dass der untersuchende Arzt bei erkennbaren Zeichen einer Kindesvernachlässigung oder -misshandlung die notwendigen Schritte einzuleiten hat, in die Kinderrichtlinie des Gemeinsamen Bundesausschusses aufgenommen. Derzeit wird ein entsprechender Katalog erarbeitet, um die Vorsorgeuntersuchungen auf diese Weise besser und engmaschiger zu gestalten. Auch wurde der Entwurf eines Kinderförderungsgesetzes zum Krippenausbau von der Bundesregierung beschlossen, er soll spätestens zum 1. Januar 2009 in Kraft treten. Ferner wird das Wächteramt der Familiengerichte und Jugendämter gestärkt, indem Familiengerichte zum Schutz gefährdeter Kinder frühzeitig tätig und die Eltern stärker als bisher zur Wahrnehmung ihrer Elternverantwortung angehalten werden können.

Heute nun sind die Bundeskanzlerin und die Regierungschefs der Länder übereingekommen, dass weiterhin folgende Maßnahmen für einen wirksamen Kinderschutz zügig umgesetzt werden:

- Bei Vorliegen gewichtiger Anhaltspunkte für eine Kindeswohlgefährdung muss das Jugendamt die Pflicht wahrnehmen, das gefährdete Kind und in der Regel auch dessen persönliches Umfeld in Augenschein zu nehmen, um sich einen unmittelbaren Eindruck von Kind und Eltern zu verschaffen. Dies soll durch eine Novellierung des § 8a SGB VIII gewährleistet werden.
- Schweigepflicht und Kinderschutz: Bei der Abwägung der Schweigepflicht von Berufsgeheimnisträgern (z.B. Ärzten) mit dem Kinderschutz soll eine bundeseinheitliche Rechtslage außerhalb des Strafrechts geschaffen werden. Zudem soll das Bundeszentralregistergesetz mit dem Ziel geändert werden, ein mit Blick auf den Kinder- und Jugendschutz „erweitertes Führungszeugnis“ für kinder- und jugendnah Beschäftigte einzuführen. Im Kinder- und Jugendhilfegesetz soll weiterhin geregelt werden, dass beim Wohnortwechsel dem neuen Jugendamt alle für die Kinder- und Jugendhilfe notwendigen Informationen über eine Familie vermittelt werden. Staatsanwaltschaften und Strafgerichte sollen bestehende Übermittlungsregelungen an das Jugendamt oder andere öffentliche Stellen bei einer Kindeswohlgefährdung verstärkt nutzen.
- Die Krankenkassen sollen verpflichtet werden, in Zusammenarbeit mit den Ländern auf eine Inanspruchnahme der Früherkennungsuntersuchungen hinzuwirken. Dazu sollen zwischen den Krankenkassen und den Ländern entsprechende Rahmenvereinbarungen geschlossen werden.
- Die Zusammenarbeit zwischen Gerichten und Jugendämtern soll verbessert werden. Hierzu wird geprüft, ob und gegebenenfalls welche gesetzgeberischen Maßnahmen zur Förderung einer reibungslosen Zusammenarbeit der Familiengerichte mit den Jugendämtern erforderlich sind.
- Bund und Länder streben eine stärkere Vernetzung regelhafter sozialer Frühwarn- und Fördersysteme an, wobei niedrigschwelligen, aufsuchenden Hilfen eine besondere Bedeutung zukommt. Um Defizite im Kinderschutz zu identifizieren und aus problematischen Kinderschutzverläufen zu lernen, wird das Nationale Zentrum Frühe Hilfen in Abstimmung mit Bund und Ländern eine Plattform für einen regelhaften Erfahrungsaustausch einrichten.

**Sozial- und Familiensenator Dietrich Wersich:** „Die jetzt gefassten Beschlüsse insbesondere zu bundesrechtlichen Änderungen sind ein Meilenstein hin zu einem noch besser funktionierenden System, damit Kinder, bei denen eine Gefährdungssituation vorliegt, nicht durchs Raster fallen können. Alle müssen hinschauen und alle müssen dabei mitwirken.“

**Für Rückfragen der Medien:**

Pressestelle der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz

Jasmin Eisenhut

Tel.: 42863-28 89, Fax: 42863-38 49

E-Mail: [pressestelle@bsg.hamburg.de](mailto:pressestelle@bsg.hamburg.de)

Internet: [www.bsg.hamburg.de](http://www.bsg.hamburg.de)

10. Juni 2008/bsu10

## Genehmigungsfrist für Moorburg verlängert

### Nächster Termin ist der 10. September 2008

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt hat heute das Unternehmen Vattenfall über eine erneute Fristverlängerung für das Genehmigungsverfahren des geplanten Kraftwerks Moorburg informiert.

Die Fristverlängerung wird insbesondere hinsichtlich der Aspekte Wasserrecht und FFH-Verträglichkeit nötig. Hier ist noch offen, ob in der beantragten wasserrechtlichen Erlaubnis die wasserwirtschaftlichen Bewirtschaftungsziele und die Gewährleistung der FFH-Verträglichkeit erreicht und dauerhaft rechtssicher umgesetzt werden können. Dies betrifft im Wesentlichen folgende Punkte:

- Die wasserwirtschaftliche und gewässerökologische Beurteilung der Kühlwasserentnahme und -abgabe, insbesondere im Hinblick auf Vermeidung fischkritischer Sauerstoffwerte,
- die FFH-rechtliche Bewertung der geplanten Fischwechsellanlage am Wehr Geesthacht,
- die fachliche Wirksamkeitsüberprüfung der geplanten Fischwechsellanlage am Wehr Geesthacht durch ein Fischmonitoring (Langzeituntersuchung der betroffenen Bestände vor Ort).

Daneben fehlen noch überarbeitete Unterlagen des Einleitbauwerkes im Zusammenhang mit der Einhaltung einer Mindestsauerstoffkonzentration und eines Mindestsauerstoffsättigungsgrades für das Kühlwasser, deren Vorlage Vattenfall zugesichert hat.

Hinzu kommt, dass Vattenfall in seinem am 04.06.2008 vorgelegten Rechtsgutachten (Seite 68 ff.) erkennbar davon ausgeht, dass der Planfeststellungsbeschluss für das Laufwasserkraftwerk am Wehr Geesthacht aus der 50er Jahren nicht außer Kraft getreten ist, sondern

weiterhin zur Errichtung und zum Betrieb eines solchen Kraftwerks berechtigt. Die Errichtung und der Betrieb einer solchen Anlage würden aber nach Einschätzung der Fachleute in der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt die Funktion der Fischwechsellanlage in einem noch klärungsbedürftigen Umfang beeinträchtigen können und damit eine erneute Überprüfung der Verträglichkeit mit den Schutzziele der FFH-Richtlinie auslösen. Somit könnte, anders als in dem Rechtsgutachten ausgeführt, sehr wohl ein Hindernis für die Erteilung der wasserrechtlichen Einleitungserlaubnis vorliegen.

**Kontakt:** Behörde f. Stadtentwicklung und Umwelt, Volker Dumann, 040-428.40-3249 oder -3063, - 2051, 2058, [volker.dumann@bsu.hamburg.de](mailto:volker.dumann@bsu.hamburg.de)

**HAMBURGER  
KLIMAWETTBEWERB 2008**

Schirmherrschaft: Erster Bürgermeister Ole von Beust



**B.A.U.M.**  
Bundesdeutscher Arbeitskreis  
für Umweltbewusstes  
Management e.V.

12. Juni 2006/bsu12a

## Dagmar Berghoff zeichnet erfolgreiche Energiesparer aus

Die Auszeichnung erfolgte heute im Rahmen der Monatsauslosung des Hamburger Klimawettbewerbs 2008 in der Müllverbrennungsanlage Stelling Moor (Schnackenburgallee 100). Neben dem Geschäftsführer der Stadtreinigung Hamburg Werner Kehren und Prof. Dr. Maximilian Gege, dem Vorsitzenden von B.A.U.M. e. V., hat TV-Moderatorin Dagmar Berghoff, die für ihr langjähriges Engagement in Umweltfragen bekannt ist, die Preise überreicht.

Die drei Sondergewinner des Monats Mai im Hamburger Klimawettbewerb beweisen einmal mehr, dass es möglich ist, im Privathaushalt die Energiekosten durch die Umsetzung von Energiesparmaßnahmen erheblich zu senken. Die Gewinner erhalten als Auszeichnung Einkaufsgutscheine für energieeffiziente Haushaltsgeräte im Wert von je 500 Euro, die von der Vattenfall AG als Premium-Partner des Wettbewerbs gestiftet wurden, sowie Gutscheine für umweltschonende Wasch- und Reinigungsmittel von der Henkel AG & Co KG aA. Die Teilnahme am Wettbewerb lohnt sich aber nicht nur für besonders umweltfreundliche Haushalte. Zusätzlich werden in diesem Monat 180 Preise im Wert von gut 8.000 Euro ausgelost.

„Dass es möglich ist, deutlich unter den durchschnittlich 10,8 Tonnen CO<sub>2</sub>-Emissionen pro Person zu bleiben, beweisen die aktuellen Beispiele der Sonderpreisträger des Monats Mai. Dies zeigt, dass die Hamburger Klimaschutzziele erreichbar sind, wenn es gelingt, die Bevölkerung zum Mitmachen weiter zu begeistern. Viele Maßnahmen sind einfach und kostengünstig umsetzbar wie z. B. Umstieg auf Ökostrom, Einsatz abschaltbarer Steckerleisten und Energiesparlampen, 1 Grad Temperaturabsenkung bei der Heizung, Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel,“ so Prof. Dr. Maximilian Gege, Vorsitzender von B.A.U.M. e. V.

**Sondergewinner 1:** 2 Personen in einer Mietwohnung in Hamburg-Hoheluft West

Besonderheiten: 100 % Ökostrom. Setzt bereits viele Energiesparlampen ein, Ersatz der letzten konventionellen Lampen ist vorgesehen. Nutzt die Möglichkeiten des Energiesparens beim PC, wäscht nur bei voller Trommel. Entlüftet jährlich die Heizkörper. Fährt im Jahr 10.000 km mit Bus und Bahn. Besitzt kein eigenes Auto, sondern nutzt bei Bedarf Car Sharing. Kauft sehr oft regionale Lebensmittel aus ökologischem Anbau und achtet auf saisonale Verfügbarkeit. Im Vergleich zu durchschnittlich rund 10 Tonnen CO<sub>2</sub> pro Person erreicht dieser Haushalt einen Wert von nicht ganz 2,5 Tonnen pro Person.

**Sondergewinner 2:** 3 Personen in einer Eigentumswohnung in Hamburg-Stellingen

Besonderheiten: Wohnt in einem Haus mit Solarwärmanlage und Wärmepumpe sowie guter Wärmedämmung. Hat gerade zu einem Ökostromanbieter gewechselt. Setzt fast ausschließlich Energiesparlampen ein. Nutzt nach Möglichkeit die Sparprogramme der Waschmaschine und wäscht nur bei voller Trommel, benutzt keinen Wäschetrockner. Achtet beim Kauf von Elektrogeräten auf beste Energieeffizienzklasse. Legt im Alltag viele Wege mit dem Fahrrad zurück. Gute CO<sub>2</sub> Bilanz von nur 2,3 Tonnen pro Person.

**Sondergewinner 3:** 4 Personen als Hauseigentümer in Hamburg-Sülldorf

Besonderheiten: Hat umfangreiche Wärmedämmmaßnahmen am Haus durchgeführt und verfügt über eine Solarwärmanlage und eine Pelletsheizung („Niedrigenergiehaus im Bestand“). Hat die Waschmaschine am Warmwasserkreislauf angeschlossen, nutzt Sparprogramm und wäscht nur bei voller Trommel. Setzt überwiegend Energiesparlampen ein. Fährt ein Auto mit einem Treibstoffverbrauch von nur 3,6 l/100 km. Verzichtet bewusst auf Flugreisen. Kauft oft ökologische Lebensmittel und aus der Region. Insgesamt kommt dieser Haushalt auf eine CO<sub>2</sub>-Bilanz von knapp 2 Tonnen pro Person.

Der Hamburger Klimawettbewerb ([www.klimawettbewerb.net](http://www.klimawettbewerb.net)) richtet sich an alle Hamburger Haushalte und informiert über die Möglichkeiten, zu Hause Energie und Geld zu sparen und so das Klima zu schützen. Durchgeführt wird er vom Bundesdeutschen Arbeitskreis für Umweltbewusstes Management (B.A.U.M.) e. V. im Auftrag des Hamburger Senats und unter der Schirmherrschaft des Ersten Bürgermeisters Ole von Beust. Mitmachen kann jeder Hamburger Haushalt. Interessenten erhalten ihren Fragebogen u. a. in den Filialen der Hamburger Sparkasse, den Max-Bahr-Baumärkten, den Kundenzentren der Bezirksämter und bei B.A.U.M. e. V. Eine Teilnahme über das Internet unter [www.klimawettbewerb.net](http://www.klimawettbewerb.net) bietet zudem die Möglichkeit, sich eine persönliche CO<sub>2</sub>-Bilanz auszudrucken, einen Vergleich zum bundesweiten Durchschnitt und viele Informationen, Tipps und Maßnahmen zum Thema Energiesparen und Klimaschutz zu erhalten. Auch im nächsten Monat gibt es wieder viele interessante Preise zu gewinnen.

**Kontakte:** B.A.U.M. e.V., Kostenlose Hotline: 0800-6645 896, 040 - 49 07-1100, Fax: 040 / 49 07-1199, [Redaktion@klimawettbewerb.net](mailto:Redaktion@klimawettbewerb.net)  
Behörde f.Stadtentwicklung u. Umwelt, Volker Dumann, 040-428.40-3249 oder -3063, - 2051, 2058, [volker.dumann@bsu.hamburg.de](mailto:volker.dumann@bsu.hamburg.de)

10. Juni 2008/bksm10

## Senat berichtet zum Projekt Elbphilharmonie

### Eröffnung zur Spielzeit 2011 / 2012

Die Elbphilharmonie wird den Spielbetrieb erst zur Saison 2011 / 2012 aufnehmen. Damit verschiebt sich die Eröffnung des neuen und weltweit beachteten Konzerthauses um ein Jahr. Hiervon hat der Senat die Bürgerschaft heute im Rahmen seiner regelmäßigen Berichterstattung informiert.

Die Entscheidung ist notwendig geworden, da der Investor Anfang Mai die städtische Realisierungsgesellschaft (ReGe) davon unterrichtet hat, dass er das Bauvorhaben nicht zu dem vertraglich vereinbarten Termin fertig stellen kann. Aufgrund der langen Vorbuchungszeiträume im Konzertgeschäft musste noch vor einer abschließenden Bewertung der neuen Terminalsituation durch die ReGe eine Entscheidung getroffen werden. Hiermit haben die HamburgMusik, die Hamburger Orchester und die privaten Konzertveranstalter die vom Generalintendant der Elbphilharmonie und Laeiszhalle, Christoph Lieben-Seutter geforderte Planungssicherheit, um Verträge für einen erstklassigen Spielbetrieb abschließen zu können.

Dazu sagte **Kultursenatorin Prof. Dr. Karin von Welck**: „Ich bin froh, dass wir jetzt den Spielbetrieb in der Elbphilharmonie auf einer sicheren Grundlage planen können. Diese Entscheidung ermöglicht es Herrn Lieben-Seutter nunmehr die Verträge mit bedeutenden Orchestern der Welt abzuschließen. Und auch die Hamburger Orchester, privaten Konzertveranstalter und unser Residenzorchester, das NDR Sinfonieorchester, haben nun die dringend notwendige Planungssicherheit für die kommenden Jahre. Die Eröffnung eines Konzerthauses ist eine zu komplexe Angelegenheit, als dass wir sie unter unnötigen Zeitdruck stellen dürften.“

Auf der Baustelle der Elbphilharmonie gibt es aktuell einen mehrwöchigen Terminverzug. Der vom Investor übergebene, aktualisierte Terminplan zeigt für den weiteren Bauablauf in vielen Einzelbereichen deutlich längere Zeitbedarfe auf, als im Vertragsterminplan vereinbart. In welchem Umfang es in diesen Einzelbereichen zu Verzögerungen kommen wird und welche genauen Auswirkungen diese letztlich auf den Baufertigstellungstermin haben, muss noch bewertet werden. Das gilt ebenso für die Frage der Verursachung. Da die bereits vorliegenden Verzögerungen auf der Baustelle nicht aufzuholen sein werden, und die erste,

vorläufige Bewertung des neuen Terminplans durch die ReGe davon ausgeht, dass es zudem insbesondere in Planung und Bau des Großen Konzertsaaes tatsächlich zu weiteren Verzögerungen kommen wird, haben sich die Behörde für Kultur, Sport und Medien, die ReGe und die HamburgMusik gGmbH darauf verständigt, auf eine Bespielung der Saison 2010 / 2011 zu verzichten und das Konzerthaus erst zum Saisonbeginn 2011 / 2012 zu eröffnen.

**Für Rückfragen:**

Susanne Frischling

Pressesprecherin der Behörde für Kultur, Sport und Medien

040 – 428 24 207

[www.kulturbehoerde.hamburg.de](http://www.kulturbehoerde.hamburg.de)

11. Juni 2008/PA11

## Personalbericht 2008 beschlossen

Der Senat hat in seiner gestrigen Sitzung den Personalbericht (bestehend aus den Teilen Personal**struktur**bericht und Personal**management**bericht) beschlossen.

Jährlich befasst sich der Senat mit wichtigen aufbereiteten Personalstrukturdaten der hamburgischen Verwaltung sowie mit zentralen personalstrategischen Themen und Herausforderungen.

Der Erste Bürgermeister Ole von Beust: „Mit dem Personalbericht verfügen wir über die notwendigen Managementinformationen, um auch in Zukunft eine leistungsfähige Verwaltung für Hamburg sicherzustellen. So haben wir uns - ausgehend von den Daten zur Altersstruktur der Beschäftigten - in diesem Jahr schwerpunktmäßig mit den Auswirkungen der demographischen Entwicklung der Belegschaft der hamburgischen Verwaltung beschäftigt.“

## Beispiele für wichtige Daten des Personalberichts

- **Alle Beschäftigungsverhältnisse:** Die Summe aller Beschäftigungsverhältnisse verringerte sich im Saldo um **179** Beschäftigungsverhältnisse (**-0,2 %**) auf **73.160** (Vorjahr: 73.339).
- **Statistischer Personalbestand:** Der statistische Personalbestand (alle befristet und unbefristet Beschäftigten) verringerte sich um **384** Beschäftigungsverhältnisse (**-0,6 %**) auf **63.518** (Vorjahr: 63.902). Die Umrechnung aller Beschäftigungsverhältnisse (auch Teilzeitbeschäftigungsverhältnisse) in Vollzeitstellen ergab ein Beschäftigungsvolumen von **55.451,4** Vollkräften.
- **Altersstruktur:** Das Durchschnittsalter der Beschäftigten der hamburgischen Verwaltung liegt insgesamt bei **46** Jahren; darunter bei den Lehrkräften an staatlichen Schulen als größte Berufsgruppe bei **49** Jahren. Die am stärksten besetzten Altersgruppen sind die zwischen **40 und 49** Jahren (**33,0 %** der Beschäftigten) und die zwischen **50 und 59** Jahren (**31,6 %** der Beschäftigten). Der Anteil der Beschäftigten in der Altersgruppe bis **29** Jahre beträgt **7,0%**, der Anteil der Beschäftigten zwischen **30 und 39** Jahren **19,1%**. Bereits **9,4%** der Beschäftigten sind über **60** Jahre alt.
- **Teilzeitquote:** Der Trend der Erhöhung der Teilzeitquote hielt auch im vergangenen Jahr an. Diese betrug am 31.12.2007 insgesamt **30,5 %** (Vorjahr: 29,8 %; +0,7 Prozentpunkte).

- **Fluktuation:** Die Anzahl der Fluktuationsfälle sowie die Fluktuationsraten sind 2007 merklich gestiegen. Die Gesamtluktuationsrate der hamburgischen Verwaltung betrug im Jahr 2007 **9,5 %** nach 8,5 % im Jahr 2006. Bei der Grundfluktuation war dafür insbesondere der Ausscheidensgrund „Zeit- bzw. Vertragsablauf“ maßgebend. Bei der Zusatzfluktuation lagen die Gründe für die Zunahme in einer verstärkten Inanspruchnahme von „Elternzeit“.
- **Fehlzeitenquoten:** Die Quote der bezahlten krankheitsbedingten Fehlzeiten in den Einzelplänen (ohne Lehrkräfte an staatlichen allgemeinbildenden Schulen sowie an staatlichen beruflichen Schulen und ohne Hochschullehrer) hat sich im vergangenen Jahr um 0,4 Prozentpunkte auf **6,8 %** leicht erhöht. Die Fehlzeitenquoten für die Lehrkräfte an staatlichen allgemeinbildenden und staatlichen beruflichen Schulen, die in einem gesonderten Verfahren ermittelt werden, erhöhte sich im Schuljahr 2006/2007 um 2,0 Prozentpunkte auf **6,9 %**.
- **Auszubildende:** Am 31.12.2007 wurden **2.568** Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ausbildungsverhältnissen beschäftigt.
- **Ohne monatliche Bezüge Beurlaubte:** Am 31.12.2007 waren **3.026** Beschäftigte ohne Bezüge beurlaubt und damit geringfügig weniger als im Vorjahr (3.061). Die Zahl der ohne Bezüge längerfristig Beurlaubten verringert sich kontinuierlich seit mehreren Jahren.
- **Schwerbehinderte:** Die Zahl der schwerbehinderten und ihnen gleichgestellten behinderten Menschen stieg 2007 weiter an. Am Stichtag 31.12.2007 waren **3.750** schwerbehinderte und ihnen gleichgestellte behinderte Menschen in den Behörden, Einrichtungen nach § 15 Landeshaushaltsordnung und in den Landesbetrieben beschäftigt. Die Schwerbehindertenbeschäftigungsquote betrug im Jahresdurchschnitt 2007 **6,01 %** (Vorjahr: 5,87 %); Pflichtplätze (Soll): 5%.

#### **Rückfragen:**

**Dr. Volker Bonorden**

Leiter des Personalamts

**Tel.: 040/428 31-1505/1506**

**Fax: 040/428 31-2420**

**E-Mail: [Volker.Bonorden@personalamt.hamburg.de](mailto:Volker.Bonorden@personalamt.hamburg.de)**

## Terminkalender

Vom 16. Juni bis 21. Juni 2008

Die Hinweise dienen nur zur Information; sie gelten nicht als Einladung. Auskünfte über Fototermine und Möglichkeiten der Berichterstattung werden unter der Rufnummer 428 31 - 2182/2183 erteilt.

### Montag, den 16.06.2008

- 12:15** Kreuzfahrtterminal Hamburg-Grasbrook, MS Delphin Voyager  
Bürgermeister Ole von Beust, Senator Axel Gedaschko, Senator Dietrich Wersich, Senator Christoph Ahlhaus und Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann nehmen am **Afrika-Empfang 2008** teil, zu dem 22 konsularische Vertretungen aus Afrika einladen.
- 14:00** Kiel, Haus der Wirtschaft  
Staatsrat Gunther Bonz spricht ein Grußwort anlässlich der **Auftaktveranstaltung der Enterprise Europe Network**.
- 17:00** Kampnagel, Jarrestraße 20  
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck eröffnet das **IBA-Labor „Kreative Ökonomien – Fachkongress“** mit einem Grußwort.

### Dienstag, den 17.06.2008

- 11:00** München  
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck nimmt an der **Sitzung des gemeinsamen Präsidiums des 2. Ökumenischen Kirchentages** teil.
- 11:30** Rathaus, Turmsaal  
Senator Dietrich Wersich überreicht **Inge Jefimov** das **Bundesverdienstkreuz**.
- 13:00** Potsdam  
Bürgermeisterin Christa Goetsch nimmt teil an den **3. Reckahner Bildungsgesprächen**.
- 13:00** Rathaus, Raum III  
Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann begrüßt den **Bürgermeister von León, Tránsito Genaro Téllez**, und den **Honorarkonsul der Republik Nicaragua, Senator a.D. Horst Gobrecht**.
- 17:30** Rathaus, Kaisersaal  
Senator Dr. Till Steffen hält ein Grußwort beim **Senatsempfang für die Stifterinnen, Stifter und Stiftung des Jahre 2007**.
- Senator Axel Gedaschko, Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann, Staatsrat Ulrich Vieluf, Staatsrat Christian Maaß, Staatsrat Bernd Reinert und Staatsrat Dr. Manfred Jäger nehmen teil.

- 18:30** Störtebeker Haus – Süderstr. 288  
Staatsrat Reinhard Stuth spricht ein Grußwort beim **Hamburger Festival-Vorabend des Schleswig-Holstein Musik Festivals.**
- 19:30** Gästehaus des Senats, Schöne Aussicht 26  
Bürgermeister Ole von Beust trifft den **Botschafter der Republik Lettland, Dr. Mārtiņš Virsis.**
- 19:50** Gästehaus des Senats, Schöne Aussicht 26  
Bürgermeister Ole von Beust spricht anlässlich des **Mittsommerfestes.** Partnerländer sind in diesem Jahr die Republiken **Estland, Lettland und Litauen.**
- Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann und Staatsrat Reinhard Stuth nehmen teil.

**Mittwoch, den 18.06.2008**

- 10:00** Rathaus, Bürgermeisteramtszimmer  
Bürgermeister Ole von Beust trifft den **Britischen Botschafter, Sir Michael Arthur.**
- 11:00** Förderschule Carsten-Rehder-Straße, 22767 Hamburg-Altona  
Bürgermeisterin Christa Goetsch spricht anlässlich der **Übergabe von 470 Fahrradhelmen an Kinder Hamburger Schulen** ein Grußwort
- 11:00** Rathaus, Laube  
Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann empfängt den **Doyen des Konsularkorps Hamburg, den Generalkonsul der Republik Kroatien Zarko Plevnik.**
- 13:00** Rathaus, Turmsaal  
Senator Dr. Michael Freytag empfängt den **Gouverneur des brasilianischen Bundesstaates Rio de Janeiro, Sergio Cabral.**
- 13:30** Terminal Tango, Flughafenstraße 1-3  
Bürgermeister Ole von Beust spricht anlässlich des **Unternehmertags Nord der Vereinigung der Unternehmensverbände in Hamburg und Schleswig-Holstein e.V..**  
Anschließend nimmt Senator Axel Gedaschko an einer **Podiumsdiskussion zum Thema „Luftverkehrskonzept für den Norden“** teil.
- 18:00** Gästehaus des Senats, Schöne Aussicht 26  
Bürgermeister Ole von Beust spricht anlässlich des **Sommerfestes für Schülerinnen und Schüler, die erfolgreich an Sportwettbewerben teilgenommen haben.**

**Donnerstag, den 19.06.2008**

- 09:30** Handelskammer  
Staatsrat Christian Maaß spricht ein Grußwort anlässlich der **Führungskräftekonferenz.**

- 09:30** Hotel Grand Elysee  
Staatsrat Dr. Stephan Hugo Winters spricht ein Grußwort anlässlich der **VNW-Verbandstagung**.
- 10:00** Brookdeich 54, 21029 Hamburg  
Senator Dietrich Wersich eröffnet eine **neue integrierte Betriebsstätte von „alsterarbeit“ für Menschen mit Assistenzbedarf**. Zur Einweihung von „alsterproducts“ wird er ein Grußwort sprechen.
- 10:45** Rathaus Hamburg-Harburg  
Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann nimmt teil am **großen traditionellen Schützenausmarsch und anschließendem Spargelessen** anlässlich des **Harburger Vogelschießens 2008**.
- 11:00** Infocenter Überseequartier, Osakaallee  
Senator Dr. Michael Freytag hält ein Grußwort anlässlich der Eröffnung des Infocenters im Überseequartier.
- 12:00** Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf  
Staatsrat Bernd Reinert spricht ein Grußwort anlässlich des **Richtfestes Campus Lehre**.
- 19:00** Berlin, Landesvertretung Hessen, In den Ministergärten 5  
Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann nimmt teil am **Hessenfest 2008**.
- 19:00** Plenarsaal des Hanseatischen Oberlandesgerichts  
Senator Dr. Till Steffen hält ein Grußwort bei der **Mitgliederversammlung des Forums Hamburger Strafvollzug**.
- Freitag, den 20.06.2008**
- 11:00** Max-Brauer-Allee 24, 22765 Hamburg  
Senator Dietrich Wersich hält anlässlich der **Seniorendelegiertenversammlung Altona einen Vortrag zum Thema „Sozial- und Seniorenpolitik in und für Hamburg“**.
- 14:00** Hinrichsenstraße 35, 20535 Hamburg  
Staatsrätin Frau Dr. Kempfert eröffnet das **Elterncafe mamamia** mit einem Grußwort. Unter dem Slogan „meine Mama geht zur Schule und ich darf mit“ dient diese Einrichtung der Wiedereingliederung junger Mütter in den Bildungsprozess.
- 14:00** Olympiastützpunkt, Am Dulsbergbad  
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck besucht den **Olympiastützpunkt Hamburg/Schleswig-Holstein**.
- 18:15** Rathaus  
Staatsrat Dr. Manfred Jäger nimmt teil am **Empfang anlässlich des außerordentlichen Verbandstages des deutschen Behindertensportverbandes**.
- 19:00** Berlin, Schloss Bellevue  
Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann und Staatsrat Reinhard Stuth nehmen teil am **Sommerfest des Bundespräsidenten**.

**20:00** USS „Gettysburg“, Scheermole Kiel  
Senator Christoph Ahlhaus ist Gast auf der **USS Gettysburg**.

**Samstag, den 21.06.2008**

**14:00** BeachClub “Hamburg del Mar”, Van-der-Smissen-Str. 4, Hamburg  
Staatsrat Dr. Manfred Jäger besucht den **Women’s Run Hamburg 2008**.

**15:00** Binnenalster in Höhe des Alsterpavillons  
Bürgermeisterin Christa Goetsch gibt den **Startschuss für den Bärchenlauf der rheumakranken Kinder**.